



## **Stellungnahmen zum Prozess der Minsker Vereinbarungen vom 19.05.2021:**

Quellen: die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken, [dan-news](#), [lug-info](#) sowie [ukrinform](#), [tass](#), [sputnik](#) und [ria.ru](#)

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Treffen der thematischen Untergruppen fanden am 18.5., das Treffen der Kontaktgruppe am 19.5. statt

### **18.5.**

**Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe:** Die Sitzung der humanitären Untergruppe ist beendet.

Eine gleichzeitige Öffnung von zwei neuen Passierpunkten „Lugansk-Stschastje“ und „Perwomajsk-Solotoje“ ist wieder nicht gelungen.

Die ukrainische Seite ist nicht bereit, konkrete Antworten auf unsere Fragen zur Gewährleistung der Sicherheit und der Organisation der Passierpunkte zu geben, aber erklärte ihre Absicht, die Frage der Möglichkeit, Sicherheitsgarantien zu gewähren, zu behandeln.

Die Frage des Gefangenenaustauschs wird auch durch Kiew blockiert. Die Vertreter der Ukraine erzählt weiter Anekdoten, statt die Fragen des Koordinators über die Situation mit der „prozessualen Freistellung“ zu beantworten. Wir erinnern daran, dass die Ukraine innerhalb kürzester Zeit die Umsetzung aller notwendigen Prozeduren entsprechend der Verpflichtungen vom Dezember 2019 und April 2022 gewährleisten sollte und darüber die humanitäre Untergruppe informieren. Aber auch hier gibt es eine „positive Dynamik“ – die ukrainische Seite verspricht, die Möglichkeit von Änderungen an der Gesetzgebung in Betracht zu ziehen, um die Umsetzung ihrer Verpflichtungen zu ermöglichen.

### **Lug-info.com: Mitteilungen der Vertreterin der LVR in der humanitären Untergruppe Olga Kobezwa**

Heute bei der Sitzung der humanitären Untergruppe haben wir eine vielversprechende Erklärung von Frau Tretjakowa (Vertreterin der Ukraine) gehört, dass sie eine normativ-rechtliche Basis ausarbeiten, wie sie, sie ist Abgeordnete, eine Initiative vorgebracht hat, Änderungen in die Verordnung über die Amnestie einzubringen. Aber der Schlüsselsatz war heute, dass Personen, die begnadigt werden können, die sind, die bereits begonnen haben, ihre Strafe auf dem von der Regierung kontrollierten Territorium abzuleisten. Aber Personen, die ausgetauscht wurden, haben diese Strafe nicht abgeleistet.

Dieser Satz zeugt davon, dass die ukrainische Seite nicht bereit ist, Menschen im Rahmen der Minsker Vereinbarungen von der strafrechtlichen Verantwortung freizustellen, die ukrainische Seite ist nicht bereit, sie zu begnadigen, zu amnestieren.

Das heißt, wir sehen von Seiten der Ukraine Schritte, die die Realisierung der Punkte 5 und 6 der Minsker Vereinbarungen behindern, worin festgelegt ist, dass alle Personen, die an diesem Konflikt

beteiligt sind, amnestiert werden müssen.

Die Vereinbarungen über die Freilassung von Personen im Dezember 2019 und im April 2020 bestand daran, dass die Personen, die ausgetauscht wurden, prozessual freigestellt wurden, das heißt die strafrechtliche Verantwortung wurde eingestellt.

Die Ukraine weigert sich seit anderthalb Jahren ihre Verpflichtungen umzusetzen, obwohl sie mit Worten ihre Unterstützung in dieser Frage erklären.

### **Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: Eine weitere absurde Kapriole Kiews – Ausschluss der offiziellen Vertreter des Donbass aus dem Verhandlungsprozess**

Die ukrainische Seite sucht ständig einen Vorwand, der Erörterung des Entwurfs eines Fahrplans zu entgehen. So schlugen die Vertreter Kiews auf der heutigen Sitzung vor, nur die Hälfte der Sitzung der Frage der Erstellung eines Entwurfs für einen Fahrplans zu widmen. Die andere Hälfte sollte der Erörterung weiterer Fragen dienen. Der Auftrag der Kontaktgruppe ist im September des letzten Jahres erfolgt und hatte die Anmerkung „eilig“, aber für die ukrainische Seite, ist dieser Auftrag offensichtlich nur ein leeres Wort.

Die Republik hat ihre schriftlichen Kommentare zum ukrainischen Plan gemeinsamer Schritte vor sieben Monaten eingereicht. Ein Erwidern ist nicht eingegangen – wir haben nicht wirklich eine schriftliche Positionen gesehen, nicht einmal mündliche Erläuterungen zu unserem Dokument. Nachdem sie eine reale Erörterung der Frage der Erstellung eines Entwurfs eines Fahrplans erörtert hat, hat die ukrainische Seite sich selbst übertroffen und vorgeschlagen, die offiziellen Vertreter von Donezk und Lugansk aus dem Verhandlungsprozess auszuschließen. Die Vermittler in Gestalt der OSZE und der RF versuchten, die Ukraine auf ein konstruktives Gleis zurückzuführen, aber die Hartnäckigkeit unserer Gegner in der Erfüllung des Auftrags, den Verhandlungsprozess zu blockieren, ist eines besonderen „Lobs“ würdig.

Wir meinen, dass die ukrainische Seite diese beneidenswerte Hartnäckigkeit ausschließlich zum Zweck einer friedlichen Regelung widmen sollte, indem sie die Minsker Vereinbarungen folgerichtig umsetzt.

Natalja Michajlowa, Vertreterin der DVR in der Gruppe für politische Fragen

**Telegram-Kanal der Vertreters der LVR in der politischen Untergruppe Rodion Miroshnik:** Kiew sabotiert die Erörterung der politischen Fragen. Die OSZE bemüht sich, das nicht zu bemerken. Es gelingt schlecht.

Mit ihrem Verhalten bringen die Vertreter Kiews den Koordinator von der OSZE, der versucht doch noch die Verhandlungssituation in der politischen Untergruppe wiederzubeleben, offen in eine ungünstige Lage. Kiew braucht den Dialog zu politischen Fragen nicht. Für dessen Blockade sind alle Mittel gut, zumal Kiew nicht unter einem besonders anspruchsvollen Wesen leidet.

Pierre Morel selbst nennt die Situation in der politischen Untergruppe eine „formale Blockade“. Da die Vertreter der LVR, DVR und Russlands zu einem Dialog bereit sind, steht vor dem Koordinator das unlösbare Rätsel, wer denn die Verhandlungen blockiert. Bei den Sitzung der Kontaktgruppe begnügt sich Kiew wunderbar ohne Beteiligung zusätzlicher gesellschaftlicher Vertreter, in der politischen Untergruppe überhaupt nicht. Als Vorwand für die Sabotage der Verhandlungen sind sie absolut unersetzlich. Herr Mereshko, der diese sMal die Ukraine in der Untergruppe vertrat, bemühte sich offensichtlich zum hundertsten Mal, nur Fragen der Zusammensetzung der Kontaktgruppe zu erörtern und erklärte offen, dass ein Dialog Kiews und des Donbass absolut nicht das ist, was Kiew anstrebt.

Die Vertreter der OSZE sind jetzt in einer schwierigen Lage, sie wären nicht dagegen, die Imitation der Verhandlungen weiter fortzusetzen, aber im Unterschied zu Mereshko müssen sie feststellen, dass die Minsker Vereinbarungen Entscheidungen „in Erörterung und Vereinbarungen“ mit den Vertretern von Lugansk und Donezk vorsehen. Und das ist in der Realität nicht so. Der allererste Standard der OSZE bei der Führung von Verhandlungen wird nicht eingehalten – die Bereitschaft der Konfliktseite zu Verhandlungen. Bei der Ukraine liegt diese Bereitschaft nicht vor. Und die OSZE ist nicht dazu entschlossen, das zuzugeben.

**Telegram-Kanal der Delegation der LVR in der Kontaktgruppe:** Die Sitzung der Untergruppe zu Fragen der Ökonomie und des Wiederaufbaus ist zu Ende

Die Sitzung war zu einem erheblichen Teil den Fragen der Wasserversorgung des Donbass gewidmet.

Das IKRK hat weiter einen Bericht zu einem internationalen Audit des Unternehmens „Woda Donbassa“ (DVR) präsentiert. Die Erörterung der Ergebnisse des Audits wird fortgesetzt werden, nachdem sich die Seiten mit der vollständigen Version des Berichts nach seiner Versendung bekannt gemacht haben.

Außerdem wurden Fragen der weitere Kontakte und Zusammenarbeit des ukrainischen Wasserversorgungsunternehmen mit entsprechenden Unternehmen der LVR aufgeworfen. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Frage gewidmet, dass die ukrainische Seite keine zusätzlichen Sicherheitsgarantien für Reparaturarbeiten an Objekten der Strom- und Wasserversorgung sowie anderer elementar wichtiger Infrastruktur, die bei Beschüssen beschädigt wurde, gewährt.

Seit praktisch drei Monaten ignoriert die Ukraine die Anfragen der LVR zur Gewährung von Sicherheitsgarantien, die über die Vertretung der LVR im GZKK gestellt wurden, was die Ausführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Objekten kritischer humanitärer Infrastruktur in der Nähe der Abgrenzungslinie unmöglich gemacht hat.

Der Koordinator informierte, dass er sich an den Leiter der OSZE-Mission und den Koordinator der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit um Unterstützung in dieser Frage gewandt hat und rief alle, die an Entscheidungen zu Fragen der Gewährung der Garantien beteiligt sind, Einfluss auszuüben, um die Möglichkeit zu gewährleisten, Reparaturarbeiten zur Verhütung der Verletzung der humanitären Rechte der Bevölkerung durchzuführen.

Außerdem wurden Fragen der Wiederaufnahme der Zahlungen ukrainischer Renten auf den Territorien der Republiken des Donbass erörtert, in erster Linie für wenig mobile Bürger. Aber die ukrainische Seite erklärte ihre kategorische Positionen – Zahlungen sind nur in einem Fall möglich: alle wenig mobilen Rentner müssen zum Erhalt der Renten auf das von Kiew kontrollierte Territorium kommen (was einfach technisch nicht möglich ist – sie sind wenig mobil und es sind mehr als 120.000).

Es wurden auch Fragen der Ökologie, den Schulden bei den Löhnen der von der Ukraine entlassenen Eisenbahner, die Tilgung der Schulden für Stromverbrauch des Mobilfunkoperators „Vodafone“.

Aber die Position der Ukraine hat in den letzten anderthalb Jahre erheblich Transformationen erfahren und jetzt erinnert ihre Rhetorik mehr an offene Versuche, alle Erörterungen zu blockieren, keine konkrete Erörterung zu irgendeiner Frage zuzulassen.

Die Hauptfrage der ökonomischen Untergruppe, die Frage des Wiederaufbaus der sozialökonomischen Beziehungen über die Abgrenzungslinie bleibt weiter durch die ukrainische Seite blockiert.

Die Vertreter der Ukraine haben anstelle einer konstruktiven Erörterung den Anwesenden eine Masse Losungen, Aufrufe und politische Deklarationen an den Kopf geworfen und kein einziges Wort zu Sache... Die Ukraine weigerte sich, konkrete Vorschläge vorzubringen, alle Vorschläge der Republiken hat sie abgelehnt.

### **Dnr-sckk.ru: Ergebnisse der Sitzung der Untergruppe zu Fragen der Sicherheit**

... Was die Hauptfrage der Tagesordnung betrifft, nämlich die Erarbeitung eines Zusatzes zu den Maßnahmen zur Verstärkung des Regimes der Feuereinstellung, die Modalitäten der Arbeit des Koordinationsmechanismus enthalten wird, haben die Teilnehmer wieder keinen Fortschritt erzielt. Die ukrainische Seite blockiert weiter die grundlegenden Punkte des Dokuments, die die direkte Zusammenarbeit der Seiten auf Ebene des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung beschreiben. „Das vorrangige und grundlegende Ziel des Zusatzes ist es, eine Senkung der Eskalation zu erreichen und im weiteren auch eine vollständige Beendigung der Verletzungen des Regimes der

Feuereinstellung durch eine direkte Zusammenarbeit der Seite im Rahmen des Koordinationsmechanismus.

Schlüsselement in dieser Zusammenarbeit ist die Verifizierung von Verstößen, um sie dann zu beseitigen. Aber die ukrainische Seite verweigert die von uns vorgeschlagenen Varianten der Verifizierung und schlägt dabei keine eigenen vor. Stattdessen ziehen die Vertreter Kiews weiter hartnäckig die OSZE-Mission in alle Prozesse und Mechanismen der Zusammenarbeit der Seiten, höhnen das Wesen des Dokuments und Verantwortung der Seiten aus“, unterstrich der Vertreter der DVR in der Untergruppe Alexej Nikonorow. ...

## 19.5.

**Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR:** Bei der heutigen Sitzung der Kontaktgruppe im Teil zur **Sicherheit** haben die Vertreter der Ukraine wieder eine Taktik der leeren Vergeudung von Verhandlungszeit für die Erörterung zweitrangiger und zuvor bereits behandelter Fragen genutzt, anstatt mit einem Dialog zur Sache zu beginnen.

„Statt eines Dialogs zu der wichtigsten vorrangigen Frage der Tagesordnung im Bereich der Sicherheit, der Vereinbarung klarer Modalitäten der Arbeit des Koordinationsmechanismus zur Verifizierung und Verhütung von Verstößen unter Beteiligung des GZKK in der derzeitigen Zusammensetzung, haben sich die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer in weitere Spekulationen gestürzt, dieses Mal im Rahmen des Themas der Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten, und traditionsgemäß die Republiken an allem beschuldigt.

Im Zusammenhang damit musste Kiew wieder daran erinnert werden, dass die Gewährung zusätzlicher Sicherheitsgarantien, unter anderem für die Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten, überhaupt nicht benötigt würden, wenn die BFU stabil und zuverlässig den Waffenstillstand und die Maßnahmen zu seiner Verstärkung einhalten würden.

Aber die ukrainische Führung zeigt dazu nicht das geringste Bestreben und ignoriert nur alle unsere Aufrufe zu einer Konkretisierung der Modalitäten der Arbeit des Koordinationsmechanismus.

Die Tatsache, dass dieser Mechanismus bis jetzt nicht vereinbart ist, sowie die anhaltenden Beschüsse des Territoriums der Republik sind weitere Beweise des offensichtlichen Unwillens der ukrainischen Seite zu einer produktiven Zusammenarbeit zur Verifizierung der Verstöße und entsprechend auch zur Einhaltung des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung“, unterstrich die Außenministerin Natalja Nikonorowa.

Die Erörterung der **politischen Fragen** hat heute nicht zu positiven Ergebnissen geführt: Die ukrainische Seite sabotiert weiter alle unsere Versuche, eine produktive Tätigkeit im politischen Bereich zu organisieren.

„Gestern fand eine offizielle Sitzung der politischen Gruppe nicht statt, weil die Vertreter der Ukraine erklärte, dass sie eine vollwertige Sitzung der Arbeitsgruppe solange verweigern, bis die Republiken aus den Verhandlungsteilnehmern in der Arbeitsgruppe ausscheiden oder in die Delegation der Russischen Föderation übergehen. Es ist interessant, dass Herr Resnikow heute bei der Sitzung der Kontaktgruppe versuchte, uns davon zu überzeugen, dass sein Kollege Herr Mereshko gestern nichts derartige in der Arbeitsgruppe gesagt habe, dass wir seine Aussagen nicht richtig verstanden haben. Als Antwort haben wir ihm nur die Tatsache vorgelegt, die Verweigerung von vollwertigen Sitzung durch die Ukraine bestätigt: auf die Frage des Koordinators der OSZE, ob die Verhandlungsteilnehmer bereit sind, ein vollwertiges Format der Treffen im Rahmen der Arbeitsgruppe wiederaufzunehmen, kam die Antwort „Ja“ sowohl von den Republiken als auch vom Vermittler in Gestalt Russlands. Die Ukraine hat auf diese Frage nicht geantwortet.

Dennoch sind wir bereit, uns damit einverstanden zu erklären, dass, wie uns heute versuchte Herr Resnikow zu versichern, wir die Weigerung der ukrainischen Seite, vollwertige Sitzungen wiederaufzunehmen und mit einem Dialog mit uns zur Vereinbarung eines Fahrplans zur Regelung des Konflikts entsprechend den Minsker Vereinbarungen falsch interpretiert hätten. In diesem Fall nehmen wir derartige Versicherungen der ukrainischen Verhandlungsteilnehmer als Eingeständnis der Notwendigkeit und der Bestätigung ihrer Verpflichtungen auf, uns in der nächsten Zeit endlich

erwidernde Kommentare zur Fahrplan vorzulegen, die uns Kiew bereits seit mehr als acht Monaten nicht schicken kann“, erklärte Natalja Nikonorowa.

Für eine reale Bewegung in der Arbeiter an den politischen Fragen und in erster Linie an dem Fahrplan sind vollwertige offizielle Sitzung der entsprechenden Arbeitsgruppe notwendig. Aber die Ukraine hat den Weg des bewussten Ignorierens jeglicher unserer sachlichen Vorschläge gewählt, was klar und deutlich darauf verweist, wer tatsächlich für die Sabotage und die geringe Effektivität des Minsker Prozesses verantwortlich ist.

Die nächste Sitzung der Kontaktgruppe findet am 9. Juni statt.

**Telegram-Kanal des Vertreters der LVR in der politischen Untergruppe Rodion Miroshnik:** Die Forderungen des Vertreters Kiews bei den Verhandlungen an die Vertreter der LDVR, in die russische Delegation einzutreten, kann weit reichende Folgen haben...

Gestern ist der Vertreter Kiews in der politischen Untergruppe Herr Mereshko bei seiner Philosophiererei über die seiner Meinung nach „wahre“ Zusammensetzung der politischen Arbeitsgruppe so in Fahrt gekommen, dass er mitteilte, dass er es vorziehen würde, bei den Online-Verhandlungen insgesamt drei Fenster zu sehen: mit dem Vertreter der OSZE, der Ukraine und der RF und die Vertreter der LDVR müssen nach seiner Meinung offiziell in die russische Delegation gehen.

Heute hat der Vizepremier Resnikow versucht zu erklären, dass sein Kollege gestern nicht richtig verstanden wurde oder man ihm nicht richtig zugehört hat. Der Versuch, sich zu rechtfertigen, war übrigens nicht überzeugend, aber das Verständnis der Ernsthaftigkeit der Folgen des Gesagten zwang Resnikow, sich für seinen misratenen Kollegen zu rechtfertigen, der nicht in der Lage ist, seine aufrührerischen Gedanken zu verbergen.

**Telegram-Kanal des Außenministeriums der LVR:** Bei der Sitzung der Kontaktgruppe hat die Ukraine eine direkte Erpressung der Vertreter der LVR mit humanitären Fragen begonnen. Die Gewährung von Sicherheitsgarantien für die Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Objekten der Strom- und Wasserversorgung in der Nähe der Kontaktlinie durch die Ukraine ist eine der wichtigen Fragen, von deren Lösung die humanitäre Lage tausender friedlicher Bürger der Republik abgehängt.

Auf die direkte Frage der Vertreterin der LVR: werden solche Garantien gewährt werden, ist die Ukraine zu offener Erpressung übergegangen. Resnikow erklärte, dass er solche Garantien gewähren wird, falls die LVR den Minenräumungsplan unterzeichnet. Dabei versuchte er seine Erpressung als „Bedingungen zur Wiederherstellung des Vertrauens“ darzustellen.

Wir erinnern daran, dass die LVR zur Wiederherstellung des Vertrauens bereits einen ersten Schritt getan hat – sie hat Sicherheitsgarantien bei allen Anfragen der Ukraine zur Ausführung analoger Arbeiten gewährt. Aber ein erwidrender Schritt von Kiew ist nicht erfolgt: seit Februar 2021 haben sich mehr als 30 unserer nicht beachteter Anfragen angehäuft.

Jetzt wird klar warum: Kiew hat bewusst die Gewährung von Garantien blockiert, um sein destruktives Verhalten später in einen Anschein eines solchen „Strebens zu einer friedlichen Regelung“ zu wechseln.

Die Ukraine hat faktisch erklärt: Erlaubt uns, die Erfüllung von Minsk zu imitieren und wir werden Euch erlauben, die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom zu gewährleisten. Was ist das, wenn nicht eine dreiste und offene Erpressung?

In der Realität nämlich erfordert die Gewährleistung der Einstellung der Beschüsse, und sei es für die Zeit der Durchführung von Reparaturarbeiten, keinerlei zusätzliche Verhandlungen und Vereinbarungen. Solche technischen Fragen wurden schon hunderte von Malen ohne besondere Probleme gelöst und die Ukraine hat schon hundert von Malen Sicherheitsgarantien über das GZKK gewährt. Um das zu realisieren muss man nur die politische Entscheidung treffen, nicht zu schießen! Und eine entsprechende Anweisung geben.

Kiew jedoch weigert sich aus politischen Motiven zusätzliche Sicherheitsgarantien zu gewährleisten, geht auf neue Verbrechen zu, indem es den Zugang der Bevölkerung zu Wasser und

Strom beschränkt, was eine direkte Verletzungen der Normen des internationalen humanitären Rechts ist.

**Telegram-Kanal der Delegation der DVR in der Kontaktgruppe:** Statt produktiver Arbeit zur Vereinbarung eines wirksamen Koordinationsmechanismus zur Gewährleistung eines Regimes der Feuereinstellung haben die ukrainischen Verhandlungsteilnehmer vorgeschlagen, sich mit der Vereinbarung eines Minenräumungsplans zu befassen, der ein Teil des Fahrplans zu einer komplexem Regelung des Konflikts entsprechend den Minsker Vereinbarungen ist und unmittelbar mit der Realisierung aller übrigen Aspekte der Minsker Vereinbarungen verbunden ist. Kiew blockiert die Arbeit an dem Fahrplan und geruht seit acht Monaten nicht, uns seine Kommentare zu einem Entwurf zu schicken, woran die bevollmächtigte Vertreterin der DVR mehrfach erinnert hat. Außerdem versuchte Herr Resnikow, die Gewährung zusätzlicher Sicherheitsgarantien zur Durchführung von Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in der LVR für einen banalen „Tausch“ zu nutzen. Im Austausch gegen die Vereinbarungen von Sicherheitsgarantien für die Reparatur der zivilen Infrastruktur in der LVR forderte er unter anderem eine positive Entscheidung der DVR zur Anfrage über die Gewährung zusätzlicher Sicherheitsgarantien zur Reparatur der Gasverteilungsstation in Marjinka.

Die bevollmächtigte Vertreterin der DVR Natalja Nikonorowa lenkte die Aufmerksamkeit der ukrainischen Verhandlungsteilnehmer darauf, dass die Antwort der DVR auf diese Anfrage zur Reparaturarbeiten bereits am 20. Februar 2021 gegeben worden war. Aber der stellvertretende Leiter der ukrainischen Delegation erklärte direkt, dass sie als Antwort ausschließlich eine positive Entscheidung berücksichtigen würden und alle übrige für sie „pseudophilosophische Überlegungen“ sind.

Solche Erklärung der Vertreter Kiews sind ein Erpressung und ein Ultimatum. Die Erpressung besteht daran, dass der LVR in Abhängigkeit davon die Möglichkeit gegeben wird, ihre Bevölkerung mit Wasser zu versorgen, und das Ultimatum darin, dass jede Antwort der DVR außer einer positiven nicht behandelt werden wird.

So braucht Kiew, falls es natürlich tatsächlich an einer friedlichen Regelung interessiert ist, sich nicht mit Erpressung zu befassen, sondern mit den vorrangigen Aufgaben der Tagesordnung, in erster Linie die Detaillierung und Vereinbarung eines Koordinationsmechanismus.